

\*(46)

**Macau ohne Angst vor 1997**

Bei seinem offiziellen Besuch in Japan hat der portugiesische Premierminister Mario Alberto Nobre Soares auf einer Pressekonferenz am 19. Juni in Tokyo zur Zukunft Macaus gesagt, daß es keine Parallele zwischen Macau und Hongkong gebe. Damit deutete er an, daß Portugal die Verwaltung in Macau auch nach der Rückkehr der britischen Kolonie Hongkong zu China 1997 aufrechterhalten werde (JT, 20.6.84). Auf chinesischer Seite hat Ji Pengfei, Mitglied des chinesischen Staatsrats (Kabinett) und Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau beim Staatsrat, am 19. Juni in Beijing eine ähnliche Andeutung gemacht. In dem Gespräch mit einem prominenten Chinesen aus Macau, Song Yusheng, sagte Ji nach einer Auskunft Songs, daß sich China nicht in Macau einmischen möchte, sofern dort unter der portugiesischen Verwaltung zur Zeit keine besonderen Vorkommnisse auftauchten (DGB, 22.6.84).

Macau ist zwar die älteste Kolonie Europas in China, doch stellt es historisch wie politisch gesehen kein so kompliziertes Problem wie Hongkong dar. Hongkong ist nämlich eine britische Kriegsbeute aus dem berüchtigten Opiumkrieg von 1842. Dazu sind über 90% des insgesamt 1.061,8 qkm großen Territoriums Hongkongs von China gepachtet und der Pachtvertrag läuft 1997 ab. Aus Prestige Gründen kann die jetzige chinesische Regierung diesen Vertrag, den die Chinesen für einen ungleichen Vertrag - und zwar den ersten ungleichen Vertrag - halten, nicht verlängern oder erneuern. Was Macau anbetrifft, handelt es sich um einen "Freundschaftsvertrag" zwischen Beijing und Lissabon vom 26. März 1887, in dem die damalige kaiserlich-chinesische Regierung die von den portugiesischen Händlern seit über 300 Jahren allmählich geschaffene Tatsache einer Kolonie anerkannt hat. Obendrein hatte Lissabon nach der Revolution von 1974 schon seine Bereitschaft erklärt, die Souveränität über Macau an China zurückzugeben. Es hat ferner in der neuen portugiesischen Verfassung von 1976 der Devise Beijings entsprechend Macau als chinesisches Territorium unter portugiesischer Verwaltung bestätigt.

Bislang hat die chinesische Regierung eine Rücknahme Macaus verzögert, um damit Hongkong nicht zu beunruhigen. Wiederum um Hongkong zu beruhigen, hat es sich gezeigt, daß die chinesische Regierung den Status quo Macaus auch nach der geplanten Rücknahme Hongkongs 1997 für einen gewissen Zeitraum beibe-

halten wolle. Im Vertrauen auf die Zukunft haben die portugiesischen Behörden in Macau gleich nach dem Beginn der chinesisch-britischen Verhandlungen über Hongkong eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, um Investitionen und Kapital aus der britischen Nachbarkolonie anzulocken (vgl. dazu C.a. 1983/1, S.16 f., Ü 40). -ni-

**TAIWAN**

\*

\*

\* \* \* \* \*

\*(47)

**Neuer US-Vertreter in Taiwan**

Zum Nachfolger von James R. Lilley, Direktor des Taipeier Büros des AIT (American Institute in Taiwan), wurde der bisherige US-Botschafter in Singapur, Harry E. Thayer, ernannt (ZYRB, 6.6.84). Dieser Posten besteht für den halbamtlichen Vertreter Washingtons auf der Insel nach der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan 1979. James R. Lilley hatte seit November 1981 das Büro des AIT in Taipei geleitet. Vor Lilleys Ernennung war das Amt fast ein halbes Jahr lang unbesetzt geblieben. Denn die Regierung Reagan hatte zunächst nur einen Berufsdiplomaten vom Rang eines Generalkonsuls nach Taiwan senden wollen und das hatte Taiwan abgelehnt. Schließlich wurde Lilley als Vertrauter des Vize-Präsidenten Bush für dieses Amt von der Taipeier Regierung akzeptiert (vgl. C.a., Nov. 1981, S.723, Ü 44).

Die Ernennung von Thayer, die nur zwei Wochen nach dem Rücktritt von Lilley bekanntgegeben wurde, wird in Taiwan allgemein positiv bewertet, weil seine Eigenschaft als Berufsdiplomat im Botschafferrang Taiwans Wünschen wohl entspricht. Dazu waren Thayer wie Lilley enge Mitarbeiter von Bush. Beide haben früher zuerst in der ehemaligen US-Botschaft in Taipei und dann in dem ehemaligen US-Verbindungsbüro in Beijing unter Bush gearbeitet.

Laut Bericht der LHB (6.6.84) hat das US-Außenministerium seinen Beschluß über den Personalwechsel in der halbamtlichen Vertretung in Taiwan bereits vor drei Monaten beim Weißen Haus eingereicht. Doch hatte Präsident Reagan aus Rücksicht auf seinen Chinabesuch Ende April und Anfang Mai dieses Jahres die Bekanntgabe der Ernennung von Thayer verschoben. Außerdem wollte man im Weißen Haus, so heißt es, vermeiden, daß die Ernennung des neuen "inoffiziellen" Vertreters in Taiwan mit den Neubesetzungen von sechs weiteren Botschaftern zeitlich in Zusammenhang gebracht

würde. Denn jedes Zeichen einer Aufwertung der Beziehungen Washingtons zu Taiwan dürfte in Beijing auf Unmut stoßen und veranlassen, für Reagan während seines Aufenthalts in China einen kühlen Empfang vorzubereiten. -ni-

\*(48)

**Neue Schüsse in der Taiwan-Straße**

Die chinesische Presseagentur Xinhua hat im Berichtsmonat über erneute Schüsse seitens der taiwanesischen Streitkräfte in der Taiwan-Straße berichtet und der Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taiwan vorgeworfen, sich dem gemeinsamen Wunsch aller Chinesen auf beiden Ufern der Taiwan-Straße nach einer friedlichen Einigung Chinas zu widersetzen. Laut Meldung der Xinhua vom 11. Juni wurde ein Rettungsschiff aus Shanghai am 31. Mai d.J. während seiner Fahrt von Xiamen (Amoy) nach Dongshan in der Nähe der Inseln Wudan und Qingyu (etwa 5 km südlich der Insel Amoy) von Guomindang-Truppen beschossen. Zwei Schüsse trafen das Schiff. Vier Tage danach, am 4. Juni, griffen die auf der Insel Jinmen (Kimmen, Quemoy) stationierten Streitkräfte Taiwans eine vorbeifahrende Frachtdschunke, die zu der Xiaori-Produktionsbrigade der Insel Nanri, Provinz Fujian, gehört, mit Geschütz- und Schwermaschinengewehrfeuer an. Zwei Menschen wurden getötet und zwei andere verletzt (XNA, 12.6.84 und DGB, 13.6.84).

Nach einer weiteren Xinhua-Meldung vom 29. Juni beschossen die Guomindang-Truppen auf Jinmen am 27. Juni wiederum ein Floß und die von den chinesischen Kommunisten kontrollierte Insel Jiaoyu. Am Morgen jenes Tages, um 8.40 Uhr, so lautete die Meldung, war eine Person mit dem Floß aus der Richtung der zu Jinmen gehörenden Caoyu-Insel nach Jiaoyu aufgebrochen. Als es sich dieser Insel näherte, begann man auf taiwanesischer Seite auf das Floß zu schießen, und zwar bis 9.47 Uhr. Insgesamt wurden über 150 Geschosse gezählt, von denen über 40 auf die Insel Jiaoyu fielen. Zwei Soldaten wurden verletzt und ein Krankenpfleger, der die Verletzten retten wollte, kam - von einer Granate getroffen - ums Leben. Zum Schluß der Meldung meinte Xinhua, daß sich Taiwan durch die "brutalen und grausamen Taten" weiter selbst isolieren werde. In einem Kommentar der von Beijing gesteuerten Hongkonger Tageszeitung DGB zu der Xinhua-Meldung wußte der Kommentator festzustellen, daß die auf der Insel Jiaoyu stationierte VBA-Artillerie nicht zurückgeschossen habe (DGB, 1.7.84).

Die Xinhua-Meldung vom 11. Juni über die Beschießung des Rettungsschiffes am 31. Mai und der Frachtdschunke am 4. Juni durch die taiwanesischen Streitkräfte wurden von dem Militärsprecher des Verteidigungsministeriums in Taipei, Wang Miao, am 11. Juni als "Absurdität" und "Intrige der chinesischen Kommunisten" bezeichnet. Zu der Meldung über die Beschießung der Jiaoyu-Insel erklärte Wang am 30. Juni, daß die Truppen auf Caoyu (rund 500 m nordöstlich der Insel Jinmen) am 27. Juni, um 8.00 Uhr, ein Floß in einer Entfernung von 1.500 m - aus nordöstlicher Richtung kommend - entdeckt und dann Warnschüsse abgegeben habe, um es wegzujagen. Zu gleicher Zeit hätten die kommunistischen Truppen ebenfalls das Floß beschossen. Die Truppen Taiwans hätten sofort mit der Beschießung aufgehört, nachdem sie festgestellt hätten, daß das Floß nicht feindlich gewesen sei. Die Beschießung der von den Kommunisten besetzten Insel Jiaoyu wurde von ihm, Wang, eindeutig bestritten (ZYRB, 1.7.84 und LHB, 1.7.84).

Bereits am 22. April d.J. hatte Xinhua die Beschießungen von Handelsschiffen Panamas, Koreas und Japans in den Monaten Februar und März durch die taiwanesischen Streitkräfte auf den Mazu (Matsu)-Inseln beklagt und Taiwan vorgeworfen, in der Taiwan-Straße Spannungen zu schaffen, um moderne US-Waffen erwerben zu können und die Beziehungen zwischen Beijing und Washington zu stören. Dagegen beschuldigte die Regierung in Taipei die chinesischen Kommunisten, durch "Gerüchte" Taiwan weiter von anderen Staaten zu isolieren (siehe dazu C.a., April 1984, S. 203, Ü 46).

Um eine friedliche Vereinigung mit Taiwan zu erzielen, hat Beijing seit 1979 eine große Friedensoffensive eingeleitet und im Zuge dieser Aktion sowohl die Beschießung der Inseln Jinmen und Mazu eingestellt als auch Taiwan aufgefordert, Post-, Verkehrs- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ufern der Taiwan-Straße aufzunehmen. Taiwan lehnt bislang jeden Kontakt mit dem chinesischen Festland ab und betont in der Propaganda im In- und Ausland nach wie vor, daß es sich weiterhin durch die chinesischen Kommunisten bedroht fühle. -ni-

\*(49)

#### **Reiseverbot für Bürger nach dem chinesischen Festland erneut bekräftigt**

In einer schriftlichen Antwort auf die Anfrage einer parteilosen oppositionellen Abgeordneten des Gesetzgebungshauses (Parlament)

hat das Exekutiv Yuan (Kabinett) in Taipei das strenge Reiseverbot für die Bürger Taiwans nach dem chinesischen Festland nochmals bekräftigt. Denjenigen, die trotz des Verbots solch ein Abenteuer einmal gewagt haben, wird mit einer behördlichen Verweigerung weiterer Ausreisegenehmigungen gedroht. Zwar wurden Verfolgungs- und Inhaftierungsmaßnahmen dementiert, doch wenn jemandem nachgewiesen wird, Propaganda für die chinesischen Kommunisten betrieben oder einen Auftrag von ihnen erhalten zu haben, muß er die Konsequenz entsprechend den betreffenden Sondergesetzen ziehen, und das bedeutet Freiheits- oder im schlimmsten Fall sogar die Todesstrafe.

Zur Begründung der Aufrechterhaltung des Reiseverbots nach dem chinesischen Festland erklärte das Exekutiv Yuan in dem genannten Schriftstück: "Die chinesischen Kommunisten treiben ein Einheitsfrontkrieg-Ränkespiel, tarnen sich mit einem lächelnden Gesicht und verleiten durch Ausnutzung der 'verwandtschaftlichen Liebe' Landsleute in unserer freien Region, nach dem Festland zu reisen und Verwandte zu besuchen, um damit unseren antikommunistischen Willen zu schwächen und unser antikommunistisches Vertrauen ins Schwanken zu bringen." (ZYRB, 8.6.84; LHB, 8.6.84)

Ende des vierziger und Anfang der fünfziger Jahre sind Millionen von Chinesen mit der Guomintang (Kuomintang)-Regierung vor den Kommunisten vom chinesischen Festland nach Taiwan geflüchtet. Die meisten von ihnen haben noch Verwandte drüben. 1979 erteilte Taiwan erstmals Ausreisegenehmigungen für touristische Zwecke; zur gleichen Zeit erfolgte Beijings Friedensoffensive gegenüber Taiwan mit dem Angebot, in drei Bereichen (Post, Verkehr und Handel) Verbindungen aufzunehmen. Es setzte ein großer Strom von Touristen aus Taiwan nach Hongkong ein, nicht nur, weil es Taiwan nahe liegt und eine chinesische Gesellschaft hat, sondern auch, weil man von dort heimlich ins chinesische Festland einreisen konnte. Daraufhin stellte die taiwanesishe Regierung die Genehmigung für Reisen nach Hongkong als Zielort schnell wieder ein. Doch viele Bürger von Taiwan, die noch nahe Verwandte auf der anderen Seite der Taiwan-Straße haben, nutzten und nutzen auch jetzt einen Zwischenaufenthalt in Hongkong aus, um von dort aus in die alte Heimat zu fahren. Da Taiwans Bürger bei der Ein- und Ausreise an der chinesischen Grenze von Stempeln oder anderen Eintragungen im Reisepaß befreit sind, können die taiwanesischen

Behörden Einzelfälle schwer kontrollieren. Nicht nur Reisebüros in Hongkong werben um taiwanesishe Touristen für Reisen ins chinesische Festland, sondern auch einige Reiseagenturen in Taiwan machen (laut Meldung der LHB vom 8.6.84) seit einiger Zeit heimlich solche Angebote.

Die chinesische Presseagentur Xinhua wies in einer Meldung vom 1. Juli (nach DGB, 3.7.84) darauf hin, daß die taiwanesischen Behörden seit April dieses Jahres dreimal hintereinander das Reiseverbot für die Einwohner Taiwans nach dem chinesischen Festland betont habe. Anfang Juni, so heißt es in der Meldung, seien die Kapitäne von drei Fischkuttern verhaftet worden, weil sie von den chinesischen Fischern der anderen Seite Muscheln gekauft hätten. Am 18. Juni habe die Behörde für Fremdenverkehr angekündigt, daß sie die Lizenzen derjenigen Reisebüros, die Reisen nach dem chinesischen Festland für taiwanesishe Bürger organisierten, aufheben würde. In derselben Meldung wußte Xinhua noch einige taiwanese Zeitungsstimmen zu zitieren, die die "inhumane Politik" der Guomintang-Regierung kritisierten. In einem Artikel der Tageszeitung "Minzhong Ribao" (11.6.84) unter dem Titel "Wie kann 'die Liebe zwischen Verwandten' unterdrückt werden?" heißt es: "Die Sehnsucht nach Verwandten liegt in der Natur des Menschen, und wenn man über das Ausland auf das chinesische Festland zurückkehrt, um dort seit über 30 Jahren nicht mehr gesehene Verwandte zu besuchen, so ist das eine Sache der Ethik und der Verwandtschafts liebe." Der Autor meinte, daß man die privaten Verkehrs- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ufern der Meeresstraße nicht verbieten solle, und fragte die Regierung: "Wenn die chinesischen Kommunisten der Landsleuten in Taiwan erlauben, zum Besuch von Verwandten oder zu touristischen Zwecken (auf das Festland) zurückzukehren, warum können wir unsere Arme nicht den Landsleuten auf dem Festland entgegenstrecken und sie nach Taiwan zum Besuch von Verwandten oder zur touristischen Besichtigung kommen lassen?"

Ein anderer Artikel in dem Wochenblatt "Leisheng" (2.6.84), so Xinhua weiter, beschrieb die Spaltung des Staates als eine Tragödie der Nation. Wieviele der über zwei Millionen 1949 mit der Guomintang-Regierung vom chinesischen Festland nach Taiwan geflüchteten Menschen, so wurde gefragt, hätten die ganze Familie in Taiwan und wer habe keine Eltern, Frau oder Kinder auf dem Festland? Wie könnten auch die auf dem Festland

lebenden Landsleute aus Taiwan, die auf rund 50.000 geschätzt werden, kein Heimweh haben? Ferner übt der Autor die bittere Kritik: "Die Guomindang kann China nicht vereinigen und die auseinandergerissenen Familien zusammenführen. Dagegen läßt sie Leute ohne Liebe leben. Ist sie nicht dadurch zum Sünder des Reichs geworden?"

Die chinesische Presse hat häufig über die Heimkehr von ehemaligen hohen Politikern und Generälen der Guomindang-Regierung berichtet. In den letzten Jahren sind auch zahlreiche aus Taiwan stammende Künstler und Akademiker jüngerer Generation über das Ausland auf das chinesische Festland hinübergewechselt. Seit Beijing 1979 die Türen geöffnet hat, haben sich nach einer Meldung in der DGB (27.6.84) über 200 Bürger Taiwans in der Provinz Fujian niedergelassen.

In Taiwan werden bislang - mit einigen Ausnahmen - nur die Landsleute aus dem Festland willkommen geheißen, die öffentlich ihren antikommunistischen Standpunkt erklären. Ein normaler Bürger aus dem chinesischen Festland hat aber erst dann eine Chance, ins Vaterland auf der Insel heimzukehren, wenn er bereits fünf Jahre lang im nichtkommunistischen Ausland gelebt hat. -ni-

#### \* (50) 1983 im Welthandel an der 17. Stelle

Laut Statistiken des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie offizieller Angaben des taiwanesischen Zollamts ist Taiwan im Welthandel 1983 von der 19. auf die 17. Stelle gestiegen. Zwar lag sie damit hinter ihren wichtigsten Konkurrenten Südkorea mit dem 13. (1982: 16.), Singapur unverändert mit dem 14. und Hongkong mit dem 16. (1982: 17.) Platz in der Rangliste des Welthandels, aber allein von der Exportleistung her gesehen konnte sie mit dem 13. Platz (1982: 14.) in dem Kopf-an-Kopf-Rennen gegenüber Südkorea (14.), Hongkong (15.) und Singapur (17.) die Führung behalten (ZYRB, 1.6.84). Gemäß den Statistiken des Komitees für Wirtschaftsaufbau beim Exekutiv Yuan (Kabinett) hat Taiwan im letzten Jahr Waren im Wert von 25,12 Mrd. US\$ ausgeführt, und der Importwert betrug 20,29 Mrd. US\$ (ZYRB, 17.6.84).

Im Mai d.J. haben die Exporte Taiwans mit einem Volumen im Wert von 2,88 Mrd. US\$ einen Monatsrekord erzielt. Wenn auch die Importe im gleichen Monat eine zweite historische Höhe erreichten, wies die Bilanz immer noch Aktiva von

860 Mio. US\$ auf. In den ersten fünf Monaten d.J. hat Taiwan insgesamt Waren im Wert von 12.203,3 Mio. US\$ ausgeführt und Waren im Wert von 8.891,4 Mio. US\$ eingeführt. Die Exporte sind gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 um 32% und die Importe um 15,1% gestiegen. Ein Exportüberschuß von 3.311,9 Mio. US\$ war zu verzeichnen; dies war fast 1,2mal mehr als im Vergleichszeitraum des vorigen Jahres. Für das ganze Jahr wird ein Aktivsaldo von 7-8 Mrd. US\$ erwartet, was 13-14% des BSP Taiwans entsprechen wird.

Von dem gesamten Exportwert Januar-Mai d.J. entfielen 11.416 Mio. US\$ oder 93,5% auf Industrieprodukte, 560,4 Mio. US\$ oder 4% auf verarbeitete Agrarprodukte und nur 226,3 Mio. US\$ oder 1,9% auf Landwirtschaftsprodukte. Mit einem Wert von 1.892,2 Mio. US\$ und einer Zunahme von 49,9% gegenüber dem Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres stellte die Ausfuhr von Elektroprodukten weiterhin das größte Kontingent der Exportgüter; ihr folgte die Ausfuhr von Textilbekleidung mit einem Wert von 1.343,5 Mio. US\$ (35,2% Zunahme) und die von Schuhen mit 946,7 Mio. US\$ (34,6% Zunahme).

Auf der Importseite machten im genannten Zeitraum die Investitionsanlagen mit 2.010,3 Mio. US\$ einen Anteil von 22,6% und die Agrar- und Industrierohstoffe mit 6.210,5 Mio. US\$ einen Anteil von 69,9% des gesamten Einfuhrvolumens aus. Der Wert der Konsumgüter betrug 670,6 Mio. US\$, also nur 7,5% der gesamten Einfuhr.

Die USA, Japan, Hongkong und Saudi-Arabien sind die wichtigsten Handelspartner Taiwans. In dem erwähnten Zeitraum Januar-Mai hat Taiwan Güter im Wert von 5.938,2 Mio. US\$ (48,7% des gesamten Ausfuhrwerts) in die USA, 1.354,5 Mio. US\$ nach Japan (11,1%) und 792,4 Mio. US\$ (6,5%) nach Hongkong ausgeführt. Was die Einfuhr anbetrifft, stammten 28,6% der Güter (2.544 Mio. US\$) aus Japan, 22,9% (2.035,1 Mio. US\$) aus den USA und 9,5% (843,6 Mio. US\$) aus Saudi-Arabien (ZYRB, 10. 14.6.84; LHB, 10.6.84). -ni-

#### \* (51) Verdienstspanne erweitert

In einem Beschluß hat der Exekutiv Yuan (Kabinett) den Mindestlohn in Taiwan ab 1. Juli von 5.700 NT\$ (40 NT\$ = 1 US\$) auf 6.150 NT\$ im Monat um 8% angehoben (LHB u. CP, 8.6.84). Gleichzeitig sind die Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst ebenfalls durchschnittlich um 8% erhöht worden. Aber im Gegensatz zur Vergangenheit wurde

bei der neuen Einkommensverbesserung das Prinzip der Leistung statt des Prinzips der Gleichmacherei verfolgt. Während sich die Staatsdiener an der Basis mit einer Zunahme von Löhnen oder Gehältern um 8% zufriedengeben müssen, können sich die hohen Bediensteten über eine Steigerung ihrer Bezüge bis zu 12,87% freuen.

Damit wurde die Verdienstspanne der Staatsdiener um das 3,72-3,82fache erweitert. Gesetzlich darf sie höchstens das Fünffache erreichen. In den führenden Industriestaaten, so behauptete man, liege der Unterschied beim Achtfachen.

In der neuen Verdienstskala beträgt das Monatsgehalt für einen Spitzenbeamten 26.385 NT\$ und der für einen Angestellten der niedrigsten Tarifgruppe 7.920 NT\$. Als Politiker verdient der Ministerpräsident monatlich 78.400 NT\$, ein Minister 44.800 NT\$, und ein Staatssekretär 35.685 NT\$. Richter, Polizisten und Steuerbeamte können von der neuen Tarifierhöhung besonders profitieren. Die Arbeitszulagen für Richter liegen jetzt 3,1mal höher als die für die normalen Beamten (bislang 2,8mal). Damit verdient ein Richter in Taiwan über 13.000-16.500 NT\$ mehr als ein normaler Beamter der gleichen Tarifgruppe (ZYRB u. LHB, 20.6.84).

Nach der Untersuchung des Amts für Staatshaushalt und Statistiken beim Verwaltung Yuan haben sich die Gehälter und Löhne in der Herstellungsindustrie im Juni des vorigen Jahres jährlich um 7,62% erhöht. Im gleichen Zeitraum wies der Index der direkten Arbeitsproduktivität eine Steigerung von 18,74% und der der Verbraucherpreise von 2,7% auf. Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Beschäftigten in den fünf wichtigsten Industriebranchen (Bergbau, Herstellung, Wasser- und Energieversorgung, Bau, Transport und Kommunikation) belief sich auf 12.988 NT\$. Hier war eine Jahressteigerung von 8,13% zu verzeichnen. Von Branche zu Branche gab es allerdings große Unterschiede. Mit einem Einkommensdurchschnitt von 23.487 NT\$ lag die Wasser- und Energieversorgung an der Spitze, ihr folgten der Bergbau (14.381 NT\$), das Transport- und Kommunikationswesen (13.557 NT\$), das Baugewerbe (12.849) und die Herstellungsindustrie (12.699 NT\$). In der Rangfolge der Berufe verdiente ein Manager durchschnittlich 24.069 NT\$, ein Ingenieur 23.599 NT\$, ein Techniker 15.553 NT\$, ein Angestellter 14.293 NT\$, ein Facharbeiter 14.148 NT\$, ein angelernter Pro-

duktionsarbeiter 10.922 NT\$ und ein ungelernter Arbeiter 10.455 NT\$ (ZYRB, 11.6.84).

Verringert hat sich die Einkommenslücke zwischen Stadt und Land. 1983 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen einer Bauernfamilie 252.000 NT\$ und entspricht damit 77,5% des Durchschnittseinkommens eines nichtbäuerlichen Haushalts. Gegenüber 1982 verringerte sich der Unterschied um 2,2% (Central News Agency, Taipei, 8.6.84). -ni-

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

YU-HSI NIEH

### Politische Saison in Taiwan:

#### zu den jüngsten Wahlen und der

#### Regierungsumbildung

\*

\*

\* \* \* \* \*

### 1. Einleitung

In den vergangenen sieben Monaten gab es auf der Insel Taiwan mehrere politische Ereignisse, und es war auch von einer "politischen Saison" die Rede:

Im Dezember des vorigen Jahres fanden Nachwahlen zum Gesetzgebungs Yuan statt; im Februar und März dieses Jahres tagten nacheinander das ZK der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) und die Nationalversammlung, um den neuen Staatspräsidenten zu wählen. Nach der Präsidentenwahl folgte Ende Mai und Anfang Juni die Regierungsumbildung, und schließlich kam in den letzten Wochen des Juni noch eine Nachwahl des Oberbürgermeisters der Stadt Xinzhu (Hsin-chu) hinzu.

Zwar wurde von vornherein keine grundsätzliche Änderung der politischen Landschaft Taiwans erwartet, dennoch ist die sogenannte "politische Saison" auch nicht ohne Spannung und Überraschung vonstatten gegangen.

### 2. Unerwarteter Erfolg der Guomintang bei den Teilwahlen zum Gesetzgebungs Yuan

Nach ihrem Rückzug vom chinesischen Festland hat die Guomintang-Regierung auf der Insel Taiwan einerseits Kommunalwahlen und Wahlen zum Provinzparlament eingeführt, andererseits aber Wahlen zu den drei nationalen Volksvertretungsorganen, nämlich der Nationalversammlung, dem Gesetzgebungs- und dem Kontroll Yuan, eingeführt. Erst seit 1969 wurden zusätzliche Abgeordnete auf Zentralregierungsebene gewählt. Im Unterschied zu ihren 1947/1948 gewählten Kollegen, die praktisch ein Mandat auf Lebenszeit haben, müssen die zusätzlichen Abgeordneten nach jeder in der Verfassung der Republik China von 1947 vorgesehenen Legislaturperiode von drei (Legislativ Yuan) bzw. sechs (Nationalversammlung sowie Kontroll-

Yuan) Jahren neu gewählt werden. Bei den Wahlen am 3. Dezember 1983 handelte es sich um 71 zusätzliche Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan.

Nach dem Tod von Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) im Jahre 1975, der die Guomintang-Regierung fast ein halbes Jahrhundert lang mit Charisma und großer persönlicher Autorität geführt hatte, begann in Taiwan eine begrenzte politische Liberalisierung. Wenn auch die Gründung neuer Parteien nach wie vor von der Regierung verboten ist, haben die Regierungskritiker im politischen Leben mehr Spielraum erhalten und konnten sich allmählich zu einer Kraft der "parteilosen" Opposition formieren. Bei den Kommunal- und Parlamentswahlen auf Provinzebene im November 1977 errangen sie zum ersten Mal einen beeindruckenden Erfolg, indem sie rund 30% der abgegebenen Stimmen und 20% der Sitze (von gewählten Abgeordneten bzw. Ämtern) gewannen (1). Trotz der Massenverhaftung fast aller führenden Regierungsgegner anlässlich der blutigen Krawalle bei einer Menschenrechtsdemonstration am 10. Dezember 1979 konnten die neuen Oppositionellen - zum großen Teil Frauen, Verwandte und Rechtsanwälte der Verhafteten - bei den Wahlen zusätzlicher Mitglieder der drei nationalen Volksvertretungsorgane im Dezember 1980 sowie bei den Kommunal- und Parlamentswahlen auf Provinzebene im Dezember 1981 den eben genannten Rekord von 1979 aufrechterhalten oder sogar etwas ausbauen (2).

Allgemeine Überraschung bereitete jedoch das Ergebnis der letzten Teilwahlen zum Gesetzgebungs Yuan (3). Die Guomintang eroberte 62 der 71 zusätzlichen Sitze, d.h. sie erzielte einen Anteil von über 87%. Insgesamt hatte die Regierungspartei 58 Kandidaten offiziell nominiert, von denen 56 gewählt wurden. Außerdem wurden vier von sechs Parteimitgliedern, die von der Partei zwar nicht nominiert waren, aber die Zustimmung der Partei für ihre Kandidatur hatten, gewählt. Von den 23 Parteimitgliedern, die sich an den Wahlen ohne Nominierung und Zustimmung der Partei beteiligt hatten, kamen nur zwei durch.

Der Sieg der Regierungspartei zeigte sich besonders in den Großstädten, wo ihre Position im Vergleich zu den ländlichen Gebieten von jeher relativ schwach war. Sowohl in der Hauptstadt Taipei als auch in der Industriemetropole Gaoxiong (Kaohsiung) wurden alle von der Partei offiziell nominierten Kandidaten gewählt. Keiner der drei ungehorsamen Parteimitglieder, die gegen den Willen der Partei bei den Wahlen in Taipei